Schwerter Zeitung

Bei unvorhergesehenen Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalten, übernehmen wir keinerlei Gewähr für pünktliches Erscheinen der Zeitung und kann auch keinerlei Schadenersatz beansprucht werden.

Verbunden mit: Schwerter Tageblatt und Anzeiger / Schwerter Volkszeitung / Schwerter Volksblatt

Welthofener Zeitung · Aplerbecker Zeitung · Langscheder Zeitung · Holzwickeder Zeitung

Die „Schwerter Zeitung" erscheint werktäglich. Hauptgeschäftsstelle, Druck und Verlag: Carl Braus. Telegr.-Adr.: Braus, Schwerterruhr. Tel. 62. Postscheck: Dortmund 2852 und Hannover 21874. Verantwortlich für Schriftleitung und Anzeigen: Hans Linner in Schwerte. Tel. 62.

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Hörde ✦ Erstes und ältestes Tagesorgan des Kreises. ✦ Generalanzeiger für den Kreis Hörde.

Nr. 278 | Anzeigen-Preise: Lokale 10 Pf., Auswärtige 12 Pf., Familien-Anzeigen 6 Pf., Reklamen 50 Pf. Finanz-Anzeigen 50 % Zuschlag | Dienstag, den 27. November 1923 | Einzelnummer: 150 Milliarden Papiermark | 56. Jahrgang

Neues in Kürze.

Goldumrechnungssatz für die Reichssteuern.

wtb. **Berlin**, 26. Nov. (Tel.) Der Goldumrechnungssatz für die Reichssteuern am 27. November beträgt eine Billion.

Zugang Ostpreußens zur Weichsel.

wtb. **Berlin**, 26. Nov. (Tel.) Wie den Blättern von zuständiger Stelle mitgeteilt wurde, ist die deutsche Botschaft in Paris beauftragt worden, festzustellen, ob Frankreich Polen in der Frage des Zugangs Ostpreußens zur Weichsel gehört habe, wenn ja, so werde verlangt, daß auch Deutschland gehört wird.

Buchdruckerstreik in Aachen.

wtb. **Aachen**, 26. Nov. (Tel.) Infolge des Lohnstreikes des technischen Personals sind seit Samstag die hiesigen Zeitungen, mit Ausnahme der sozialdemokratischen Freien Presse, am Erscheinen verhindert. Bei Fortdauer des Streiks beabsichtigen die Verleger eine gemeinsame Notzeitung herauszugeben.

Aus der Botschafterkonferenz.

wtb. **Paris**, 26. Nov. (Tel.) Bei den Besprechungen über die Verhandlungen in der Botschafterkonferenz stellte der außenpolitische Redakteur des Journals fest, daß Poincare als Präventivmaßnahme in der Angelegenheit der Militärkontrolle sofortigen Zwang vorgeschlagen habe. Dieser Plan habe am 19. November aufgegeben werden müssen, weil der Unterstaatssekretär Sir Eyre A. Crowe an diesem Tage dem französischen Botschafter erklärte, England wolle keine Sanktionen, weder heute noch morgen, noch jemals.

Beamtengehälter in Gold.

hb **Berlin**, 26. Nov. (Privattel.) Morgen beginnen im Reichsfinanzministerium die Verhandlungen über die Umstellung der Beamtengehälter auf Goldwährung. Die Regierung steht den Blättern zufolge auf dem Standpunkt, daß angesichts der trostlosen finanziellen Verhältnisse der Beamtenschaft nicht ihr früheres Goldeinkommen gewährt werden könne, vielmehr müsse ein Entbehrungsfaktor in Anwendung gebracht werden, der ähnlich wie bei den Löhnen der Staatsarbeiter etwa 30 Prozent betragen soll.

Thomas über die Reparation.

wtb. **London**, 26. Nov. (Tel.) Der englische Arbeiterführer Thomas erklärte in einer Wahlrede in Tripton, wenn Baldwin ehrlich sei, (wie er glaube), so bedeute dies, daß er alle Reparationsansprüche aufgebe, weil er wisse, daß Deutschland nur in Waren und nicht in Gold bezahlen könnte.

Dr. Reismann-Grone verhaftet.

wtb. **Essen**, 26. Nov. (Tel.) Heute vormittag wurde der Verleger der Rhein.-Westf. Zeitung, Dr. Reismann-Grone, von der Besatzungsbehörde verhaftet. Der Haftbefehl hängt zusammen mit einem von der Besatzungsbehörde in Düsseldorf verfügten Verbot der RWZ, das sich auf Mitteilungen über die Industrieverhandlungen stützt. Die Verhaftung wurde aufrecht erhalten, obwohl Dr. Reismann-Grone überhaupt keine Kenntnis von den betr. Meldungen hatte.

Dollarvermächtnis für Mainz.

wtb. **Newyork**, 26. Nov. (Funkspruch.) Der am 21. November im Metropolitan-Hospital im Alter von 92 Jahren verstorbene Newyorker Bürger Louis Lohmeyer vermachte seiner Vaterstadt Mainz testamentarisch die Summe von 75 000 Dollar zur Verteilung an die Waisenhäuser, Krankenanstalten und Stifte. Das Testament sprach außerdem der in Mainz lebenden Schwester des Verstorbenen den Zinsgenuß aus einem Legat von 20 000 Dollar zu.

Die Wiener Universität.

wtb. **Wien**, 26. Nov. (Tel.) Der akademische Senat der Wiener Universität beschloß, den Universitätsbetrieb am Dienstag unter Aufrechterhaltung des Legitimationszwanges und des Farbenverbotes wieder zu eröffnen.

Amerikahilfe für deutsche Gewerkschaften.

wtb. **Newyork**, 26. Nov. (Durch Funkspruch.) Der amerikanische Gewerkschaftsbund beschloß, seine 3 Millionen Mitglieder zu Beträgen für die Bildung eines Unterstützungsfonds für die verarmten deutschen Gewerkschaften aufzufordern, die nach Auffassung der amerikanischen Gewerkschaftler das einzige Bollwerk Deutschlands gegen Bolschewismus und Monarchismus seien. Der Betrag des zu bildenden Hilfsfonds wird nicht genannt; es heißt jedoch, daß es sich um eine bedeutende Summe handle.

Warum Stresemann zurücktrat.

hb **Berlin**, 21. Nov. Reichskanzler Dr. Stresemann empfing unmittelbar nach dem Kabinettsrücktritt einige ausländische Pressevertreter, denen er nach dem 8-Uhr-Abendblatt sagte:

Ich stellte die Vertrauensfrage und verlangte ein Vertrauensvotum, obwohl ich wußte, daß es abgelehnt werden würde. Ich tat dies aus zwei Gründen. Vor allem: ich hatte die Empfindung, daß meine Parlamentsmehrheit für die wichtigen außenpolitischen Verhandlungen und Entscheidungen der nächsten Zeit nicht mehr ausgereicht hätte. Es bestand für mich die Gefahr, daß ich in der Zukunft nicht genügend Rückendeckung haben könnte, die Gefahr, daß Verhandlungen scheitern könnten, weil die parlamentarische Mehrheit meiner Regierung nicht ausreichte. Schon aus diesem Grunde mußte ich Klarheit haben. Auf der anderen Seite ist das parlamentarische System in Deutschland noch sehr jung und hat fast gar keine Tradition. Es ist das erstemal in der Geschichte der Deutschen Republik, daß eine Regierung in offener Feldschlacht fiel. Alle anderen Regierungen traten nach langwierigen Fraktionsverhandlungen zurück. Ihr Schicksal wurde in Verhandlungen mit den Fraktionen und mit den Parteiführern entschieden. Dieses Parlament hat noch niemals die Verantwortung für eine Kabinettskrise getragen. Es glaubte stets, daß die Verantwortung lediglich beim Reichspräsidenten liege, weil die Aufgabe, einen neuen Reichskanzler zu finden und zu ernennen, dem Reichspräsidenten obliegt. Das Parlament müßte endlich sehen, daß es selbst die Verantwortung tragen müsse dafür, eine Regierung in schwierigster Lage aus nichtigen innerpolitischen Gründen gestürzt zu haben. Von rechts und links sind illegale Kräfte am Werke, die Regierung auf illegale Wege zu drängen. Sie wissen das genau so wie ich, und das Werk dieser illegalen Kräfte wäre sicherlich leichter gewesen, wenn sie einer Regierung gegenübergestanden hätten, die über keine genügende parlamentarische Rückendeckung verfügt. Die bevorstehende Aussprache über das Arbeitszeitgesetz hätte eine neue Krise für meine Regierung bedeutet.

Der Reichstag ist überaltert. Vier Jahre sind eine lange Zeit für eine legislative Periode. Ueberall haben sich scharfe Gegensätze herausgebildet. Persönliche Meinungsverschiedenheiten haben sich vertieft. Durch alle Fraktionen die es Reichstages geht ein scharfer Riß. Wie soll man mit den Führern der Parteien Entscheidungen treffen können, wenn diese Führer selbst nicht mehr genau wissen können, ob ihre Fraktionen hinter ihnen stehen. Jede Fraktion hat heute einen rechten und einen linken Flügel. Die Meinungsverschiedenheiten sind selbst innerhalb der einzelnen Fraktionen groß geworden. Scharfe Risse zeigen sich bei den Demokraten und Sozialdemokraten genau so wie bei meiner eigenen Partei. Wir müssen ein neues Parlament bekommen, und ich befürchte nur, daß wir nicht das Zwei-Parteien-System haben. Bekommen wir ein neues Parlament, so wird sich vielleicht wieder die Möglichkeit ergeben, mit den Sozialisten zusammenarbeiten zu können, denn diese Zusammenarbeit halte ich für unerläßlich. Wir leben inmitten von fieberhaften Zuständen. Aber wenn Sie über diese Zustände nach dem Auslande berichten, so sollen Sie ihm auch die Gründe vor Augen. Die Not treibt die Menschen ins Extreme, und jene Politik, die ich in meiner Rede gestern die Politik der nationalen Demütigungen nannte, treibt einen großen Teil unseres Volkes, vor allem unsere Jugend, in die Arme der Rechten. Ich will Ihnen eine Episode erzählen: In einem Berliner Theater brach vor einigen Tagen das Publikum in eine spontane Kundgebung aus, nur weil das Orchester einen alten Militärmarsch spielte — übrigens nicht einmal einen deutschen, sondern einen österreichischen, den Radetzky-Marsch. Glauben Sie nicht, daß dies eine Stimmung für den Revanchekrieg bedeutet. Keine Rede davon! Aber das Militärische, die Soldatenspielerei, liegt in der Tradition des deutschen Volkes seit hundert Jahren und der ist der schlechteste Menschenkenner, der da glaubt, daß man eine solche Tradition ausrotten könne, wenn man einem Volke vernünftig befiehlt, die allgemeine Wehrpflicht abzuschaffen.

Nun zur Frage der Rückkehr des Kronprinzen. Ich kenne den Kronprinzen sehr genau. Ich will nicht darin erinnern, daß er seit dem Kriege ein gereifter Mann ist, ein Mann, der die Last der Verantwortung wohl kennt. Ich will nicht darin erinnern, daß er seinen Vater bei der Marneschlacht bat, Frieden zu schließen. Ich will nicht von seiner weiteren Rolle während des Krieges sprechen. Ich sage Ihnen nur, daß vielleicht von keinem anderen Manne in ähnlicher Stellung die Welt ein mehr verzerrtes Bild bekommen hat als von ihm. Ich verbürge mich für ihn. Die Geschichte lehrt, daß man niemals einen künftigen Herrscher nach seiner Kronprinzenzeit beurteilen darf. Was für ein merkwürdiges Bild wäre für die Welt von Eduard VII. übrig geblieben, wenn er als Kronprinz gestorben wäre? Und welchen Unterschied zeigt der König Friedrich der Große gegenüber dem Kronprinzen Friedrich?! Der Flötenspieler und Freund der Seidenkleider hat in dem Augenblick, wo er die Verantwortung übernehmen mußte, gezeigt, welcher Kern in ihm steckte. Ich sage Ihnen nochmals, ich kenne den Kronprinzen und weiß, daß er für die rechtsradikalen Bestrebungen eher ein Hindernis als eine Förderung bedeutet. Und wegen der Rückkehr dieses Mannes sandte uns der Verband eine Note, die jedem Deutschen die Schamröte ins Gesicht treiben mußte. Sie fragt uns, wie wir erlauben konnten, daß ein deutscher Mann in seine Heimat, zu seiner Frau und seinen Kindern zurückkehren konnte. Da müssen wir antworten, daß das unsere Sache ist und niemand außer uns etwas angeht. Und der Ton, in dem man mit uns spricht! Das ist jene Politik der nationalen Demütigungen, die bis jetzt jeder demokratischen deutschen Regierung, die verständigungsbereit und verhandlungsbereit war, die Arbeit unmöglich gemacht hat. Ist Deutschlands Bestehen für Europa notwendig, ist das Bestehen Europas notwendig für die Welt, so muß eben eine andere Atmosphäre um uns herum entstehen.

Die Worte Stresemanns, die mit großer Leidenschaft und Ueberzeugung vorgetragen wurden, haben nach dem Urteil der ausländischen Journalisten einen tiefen Eindruck hinterlassen.

Die Wege zur Kabinettsbildung.

Dr. Albert begegnet Schwierigkeiten. — Eine bürgerliche Arbeitsgemeinschaft? — Jarres und Marx in Sicht.

hb **Berlin**, 26. Nov. (Tel.) Die Bemühungen Dr. Alberts um die Bildung des Reichskabinetts haben bisher noch zu keinem Ergebnis geführt. In Regierungskreisen hofft man, daß Albert bis zum Dienstag abend das Kabinett zustande gebracht haben wird. Die Blätter wollen wissen, das Ministerium des Aeußeren solle nicht endgültig besetzt, sondern nur kommissarisch verwaltet werden. Ferner soll der Plan bestehen, die wirtschaftlichen Ministerien zusammen zu legen und in der Hand eines Reichsministers zu vereinigen. Genannt wird dafür der Direktor der Deutschen Werke Heinrich. Dr. Brauns bot der präsumtive Reichskanzler wieder das Arbeitsministerium an. Das Zentrum machte aber den Eintritt seiner Fraktionsmitglieder in die Regierung von der vorherigen Zustimmung der Fraktion abhängig. Ueber die Haltung der Fraktionen zu einem Geschäftskabinett Albert verlautet noch nichts endgültiges. Bisher ist im Reichstage nur die Zentrumsfraktion zur Beratung der parlamentarischen Lage zusammengetreten. Die Deutsche Volkspartei hält um 5 Uhr nachmittags eine Fraktionssitzung ab, die Deutschnationalen haben für Dienstag ihre Fraktion zusammenberufen. Im allgemeinen geht die Stimmung im Parlament dahin, sich vorläufig dem Kabinett Albert gegenüber abwartend zu verhalten.

VDZ. **Berlin**, 26. Nov. (Tel.) Die Neubildung einer Regierung Albert findet in parlamentarischen Kreisen die gleichen Schwierigkeiten, die Herr v. Kardorf nicht überwinden konnte. Verfassungsmäßig besteht die Möglichkeit, ohne Befragung des Parlaments ein Kabinett zu bilden, denn der Reichspräsident ernennt den Kanzler und auf dessen Vorschlag die Minister. Nach der Verfassung kann sich auch ein Kabinett nur dann halten, wenn es das Vertrauen des Parlaments besitzt. Versagt der Reichstag das Vertrauen, so besteht noch die Möglichkeit der Reichstagsauflösung. Diesem letzteren Ausweg scheint der Reichspräsident nicht mehr ganz so ablehnend gegenüberzustehen. Soweit die Stimmung im Reichstage zu erkennen war, scheint Herr Albert nicht auf viel Freundschaft zu rechnen haben. Die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und das Zentrum schaun ihn ab. Bei den Demokraten ist keine Spur einer direkten Ablehnung wahrzunehmen. Der demokratische Fraktionsvorstand hielt heute eine Sitzung ab. Er hat sich bisher zurückhaltend verhalten Albert gegenüber. Die Sozialdemokraten wollen wahrscheinlich erst die Taten des Kabinetts Albert abwarten. Ueber die einzelnen Persönlichkeiten des Ministeriums Albert läuft eine Fülle Mutmaßungen. Etwas Positives kann aber noch nicht gesagt werden. Im übrigen hat man heute abend auch davon gesprochen, daß Albert vielleicht den Auftrag zur Kabinettsbildung wieder zurückgeben würde.

wtb. **Berlin**, 27. Nov. (Tel.) Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, gehen neben den Bemühungen Dr. Alberts um die Bildung seines Kabinetts Bestrebungen einher, einen Block der bürgerlichen Parteien mit Dr. Jarres als Reichskanzler zu schaffen. Das Zentrum soll an seinen Eintritt in den bürgerlichen Block die Voraussetzung geknüpft haben, daß die Lösung der Krise sich auf verfassungsmäßigem Wege vollzieht, daß der Versailler Vertrag nicht als zerrissen angesehen werde, die daraus sich auch für Deutschland ergebenden Rechte nicht preiszugeben und daß auch die Aenderung der preußischen Koalition aus dem Spiele bleibt.

TU. **Köln**, 26. Nov. Die Köln. Ztg. schreibt zur Kabinettsbildung: Das eigenartige Verhalten des Reichspräsidenten Ebert, der dem Parlament und dem Volk das Unmöglichkeitskabinett Albert aufnötigen will, hat bei allen bürgerlichen Parteien große Entrüstung hervorgerufen. Auch dem Zentrum hat auch die Deutsche Volkspartei den Beschluß gefaßt, es ihren Mitgliedern zu untersagen, in ein Kabinett Albert einzutreten. Zwischen den Führern der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft ist enge Fühlung genommen worden zur Bildung einer bürgerlichen Koalition mit Einschluß der Deutschnationalen. Insbesondere sind zwischen der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum bereits Vorverhandlungen über die Person des Führers dieses Bürgerblocks eingeleitet worden, bei denen sich die anfänglichen Bedenken des Zentrums gegen die Person des jetzigen Reichsministers des Innern Dr. Jarres als Reichskanzlerkandidaten wesentlich verringert haben. Die Führer der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft haben nach dem glücklichen Fortgang ihrer Verhandlungen den Reichspräsidenten Ebert am heutigen Abend um eine Unterredung gebeten, sonderbarerweise ist ihnen diese Unterredung abgeschlagen worden und der Reichspräsident Ebert behält sich vor, die Herren morgen zu empfangen.

hb **Berlin**, 26. Nov. (Privattel.) Der Börsenkurier will wissen, daß für den Fall des Nichtzustandekommens des Kabinetts Albert das Zentrums die Initiative zur Kabinettsbildung übernehmen würde. Es werde dabei an die Kanzlerkandidatur Marx gedacht, der angeblich zur Kabinettsbildung nur bereit sei, wenn er die Zusage Stresemanns erhält, das Außenministerium in dieser Regierung zu übernehmen.

Ein neuer Steuervorschlag.

KZ. **Berlin**, 26. Nov. Dem Reichsfinanzministerium ist von privater Seite ein neuer Steuervorschlag zugegangen, über den sein Urheber, Fabrikbesitzer Bloos, in der Deutschen Arbeitgeberzeitung näheres mitteilt. Er verlangt die 50prozentige Wegsteuerung der über dem Wechsel zustande gekommenen Inflationsgewinne. Dank der Buchungen der Reichsbank sei der jeweilige Goldmarkbetrag der Wechsel leicht festzustellen, auf den die Bezogenen beim Dreimonatsakzept mindestens 80 v. H. verdient hätten. Diese Listen seien den Finanzämtern zur Einziehung der Steuer zu überlassen. Die Inflationsgewinnsteuer sei einfach in der Ermittlung, sehr einträglich und zudem gerecht. An den Geldentwertungserscheinungen tragen nach Ansicht des genannten Praktikers führende Kreise der Wirtschaft die Hauptverantwortung, denn „sie hatten natürlich kein Interesse an einer Stabilisierung der Währung und haben zweifellos einen hemmenden Einfluß ausgeübt. Sie sahen in Havenstein, der ihnen diese Inflationsgewinne ermöglichte, ihren besten Freund". Die von ihm vorgeschlagene Steuer aber treffe nur wirkliche und leistungsfähige Verdiener. Sie soll dann auch die ganz ungerechte Lohnsteuer ersetzen.

Kahr gegen den Preiswucher.

wtb. **München**, 26. Nov. (Tel.) Amtlich. In einer vom Generalstaatskommissar v. Kahr erlassenen Warnung wird u. a. gesagt, daß die allgemein angesetzten Grund- und Goldpreise für Waren und Leistungen viel zu hoch seien und daß sie in der Regel weder durch die Rohstoffherstellung noch durch die Geldentwertung gerechtfertigt sind und daß bei wertbeständiger Zahlung die sog. Risikoprämie reinen Wucher darstelle. Verbrecherischer Eigennutz stoße durch die hohen Grundpreise das neue wertbeständige Zahlungsmittel auf die abschüssige Bahn der Papiermark. Ich will — so führt der Generalstaatskommissar weiter aus — daß dieses Verbrechen am Volke aufs schärfste bekämpft werde. Keine Schicht des Volkes darf Friedenspreise nehmen und sich so von der allgemeinen Not ausschließen.

Die Polizeibehörden werden die Preisbemessung strengstens überwachen und die Schuldigen der verdienten Bestrafung zuführen. Wer sich der Wucherpreisforderung schuldig macht oder sich der Preisnachprüfung zu entziehen sucht, hat die Untersagung des Handels zu gewärtigen. Im Falle, wo große wirtschaftliche Verbände die Schuld an Preisüberforderungen tragen, wird mit allen Mitteln eingeschritten und mit ebenso unnachgiebiger Strenge gegen diejenigen vorgegangen, die sich weigern, Papiermark in Zahlung zu nehmen.

Neuordnung des Schlichtungswesens.

wtb. **Berlin**, 26. Nov. (Tel.) Die in der Verordnung über das Schlichtungswesen vom 30. Oktober Reichsgesetzbl. 1 S. 1043) vorgesehenen Ausführungsbestimmungen werden demnächst ergehen. Sie werden insbesondere auch die Bestimmungen über die Ergänzung des Beisitzerbestandes der Gewerbegerichte und der Kaufmannsgerichte durch Hinzuziehung von Beisitzern aus den bei ihnen bisher nicht vertretenen Berufen (z. B. aus der Landwirtschaft), über die Möglichkeit der Einrichtung von Fachkammern und über das Verfahren der Schlichtungsausschüsse der Gewerbegerichte und der Kaufmannsgerichte nach der Verordnung enthalten.

Politische Umschau

Die verbotenen Parteien in Deutschland.

hb **Berlin**, 24. Nov. Ueber die Wirkungen der Verbote gegen die Nazisparteien berichtet eine Korrespondenz. Diese Verbote haben zu Besprechungen darüber geführt, ob und wie ein Fortbestand der Parteien trotz des Verbotes zu sichern sei. So haben die Kommunisten darüber verständigt, daß die gegebenenfalls Fortführung ihrer Organisationen sichergestellt werden müsse. Die Arbeiten sind im Augenblick natürlich durch die Tatsache gehemmt, daß die vorhandenen parteilichen Bank- und Postscheckkonten beschlagnahmt worden sind, doch glaubt man, die finanzielle Krise überwinden zu können. Für die verbotene Rote Fahne soll übrigens ein Ersatz geschaffen werden, doch steht noch nicht fest, ob eine bereits erscheinende Zeitschrift für diesen Zweck in Anspruch genommen werden oder ob eine Neugründung unter anderer Flagge erfolgen soll. Im

Deutsche Wirtschaftszahlen

am 27. November.

[Die Zahlen in Milliarden.]

Großhandel für das Reich am 20. XI.	1413
Lebenshaltg. „ „ am 19. XI.	831
1 Goldmark nach dem Berliner Dollarkurs	1000
Goldumrechnungssatz für Reichssteuern am 27. XI.	1000
Goldmarkkurs der Reichsbahn für Personen- und Güterverkehr	1000
Fernbrief ab 26. XI.	80
Fernpostkarte ab 26. XI.	40
Anzeigenschlüssel vom 21. XI ab	1400
Buchschlüssel	1100
Ankaufspreis f. Reichssilbermünzen ab 26. XI.	400
Steuerermäßigungsmultiplikator in der Woche vom 25. XI.—1. XII.	700000

Der Dollar am 26. XI. 23

Dollarkurs Geld: 4 189 500 000 000 / Brief: 4 210 500 000 000

Namen der völkischen Führerschaft bei der Reichstagsabgeordnete Major a. D. Henning an den Reichspräsidenten ein Schreiben gerichtet, worin er sich über das Verbot der deutschvölkischen Freiheitspartei beschwert. Er bezeichnet diese Maßnahme als einen Verstoß gegen die Reichsverfassung und eine Ueberschreitung der dem Oberbefehlshaber verliehenen Befugnisse. In einem zweiten Schreiben an General v. Seeckt betont Henning, daß Seeckt über die Ziele der Partei und insbesondere über die angebliche Teilnahme des Herrn v. Graefe am Münchener Putsch falsch unterrichtet sei. Die Versiegelung des Büros des Deutschen Herold ist übrigens auf Einspruch des Majors Henning durch das vermittelnde Eingreifen des Reichstagspräsidenten Löbe wieder aufgehoben worden, da sich dort die Büros der drei völkischen Reichstagsabgeordneten befinden. Entgegen bestimmten Gerüchten ist übrigens festzustellen, daß ein Verbot des Stahlhelmbundes für das Reich nicht beabsichtigt ist, da von den leitenden Persönlichkeiten bindende Erklärungen abgegeben worden sind, in denen man scharf von dem Vorgehen der bekannten deutschvölkischen Führer abrückt.

bb **Berlin**, 27. Nov. (Privattel.) Nach einer Blättermeldung hat die Zentrale der kommunistischen Partei trotz des Verbotes beschlossen, die Partei weiterbestehen zu lassen. Alle bisherigen Funktionäre der Partei wurden ihrer Posten enthoben. An Stelle der Zentrale tritt ein Direktorium (Parteiexekutive), das die Leitung der Partei übernimmt und seinen Sitz ins Ausland verlegt. Die Kontrolle der Mitgliedschaft soll auf illegalem Wege durchgeführt werden. Verräter und Spitzel werden mit dem Tode bestraft.

Abbau auch in den Parlamenten?

* **Berlin**, 25. Nov. Eine gemeinsame Sitzung des Aeltestenrates und des Vorstandes des Reichstages und der Vorsitzenden der Untersuchungs-Ausschüsse des Reichstages beschäftigte sich mit der Frage, ob die Einschränkungen im Haushalt, die in der gesamten Reichsverwaltung getroffen werden, auch auf den Reichstag ausgedehnt werden sollen. Bei dieser Gelegenheit wurde vom Reichstagspräsidenten Löbe auch die Frage der Verminderung der Zahl der Reichstagsabgeordneten angeschnitten, die gleichzeitig mit einer Verminderung der Zahl der Abgeordneten in den Landesparlamenten zu erfolgen hätte. Dies sei z. B. in Braunschweig schon geschehen, und Bayern hätte bereits angefragt, ob eine solche Regelung nicht auch für den Reichstag und die übrigen Landesparlamente in Frage käme. Die meisten Abgeordneten glaubten jedoch nicht, heute in dieser wichtigen Frage Beschlüsse fassen zu können. Die weitere Verfolgung der Angelegenheit wurde vielmehr für die zweite Lesung des Wahlgesetzes im Rechtsausschuß zurückgestellt.

Die Verordnungen über die Krankenhilfe.

Die deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und die Demokratische Partei brachten im Reichstag einen Antrag ein, die Verordnung vom 30. Oktober über die Krankenhilfe bei Krankenkassen aufzuheben.

Diese Verordnung, die die Aerzte der Willkür der Krankenkassen preisgibt, bedroht nicht nur die Existenz des Aerztestandes, sondern das Wohl der ganzen Bevölkerung und ist erlassen, ohne daß die berufenen Vertreter der Aerzteschaft auch nur gehört worden wären. Besonders unerträglich erscheinen die Bestimmungen, die den aus Laien bestehenden Kassenvorständen Vollmacht geben, Aerzte wegen angeblicher oder tatsächlicher Verstöße bei der Verschreibung von Heilmitteln oder bei der Wahl von Heilverfahren fristlos zu entlassen, ohne daß eine Berufung aufschiebende Wirkung hat, ferner die Zahl der bei einer Kasse tätigen Aerzte zu beschränken und ihren Aerzten bestimmte Distrikte zuzuweisen. Durch die Verordnung erhalten die Kassenvorstände gegebenenfalls die Möglichkeit, von sich aus die ärztliche Hilfe durch bare Leistungen an die Versicherten zu ersetzen. Das bedeutet die Aufhebung des § 182 der RVO., gegen die sich der Reichstag erst vor kurzer Zeit ausgesprochen hat. Die Aerzte sind damit, wie gesagt, der Willkür der Kassenvorstände ausgeliefert. Dadurch, daß an die Stelle fachmännischer Gewissenhaftigkeit und wissenschaftlicher Erwägungen von finanziellen Gesichtspunkten geleitete Vorschriften von Laien treten, ist die Volksgesundheit schwer bedroht.

Englischer Kredit für die polnische Elektroindustrie

wtb. **Warschau**, 26. Nov. (Tel.) Heute wurde im Ministerium des Aeußeren der polnisch-englische Handelsvertrag unterzeichnet. Der Direktor des Verbandes der englischen elektrotechnischen Firmen, Talbot, bewilligte den polnischen elektrotechnischen Firmen einen Kredit von 1 250 000 Pfund Sterling.

Eine große Wahlrede Lloyd Georges.

wtb **London**, 24. Nov. Lloyd George hielt in Glasgow eine große Wahlrede, wobei er u. a. folgendes sagte:

„Dem Volke seien bessere Beziehungen zu Frankreich und bessere Verhältnisse in Europa versprochen worden. Eine Störung des fiskalischen Systems habe nicht erfolgen sollen. Dieses Versprechen sei bereits ein Fetzen Papier geworden. Die Beziehungen zu Frankreich seien niemals schlechter gewesen. Es sei tatsächlich zweifelhaft, ob sie, soweit man sich erinnern könne, je so schlecht gewesen seien wie augenblicklich. Die Lage Europas sei während der jetzigen Regierung weit schlimmer geworden, als von dem Ersten Minister selbst zugegeben worden sei. Die Regelung der europäischen Frage, die vor einem Jahre der damals neuen Regierung möglich schien, sei für viele Jahre verschoben worden. Es sei jedoch anscheinend nicht genug, Mitteleuropa in Unordnung zu bringen, die Regierung wolle daher die Unordnung nach England selbst tragen. Der Handel mit Mitteleuropa sei infolge des französischen Ruhreinbruchs schlecht.

Nun wolle die Regierung den Handel innerhalb Englands durch den Einbruch der Tarifreformer ebenfalls schlecht machen. Das Heilmittel der Arbeitslosigkeit sei Friede, die Wiederherstellung des Friedens in ganz Europa sei daher die erste Notwendigkeit. „Gebt dem Friedensengel eine Gelegenheit in Europa und schreckt ihn nicht ab durch eindringende Heere, drohende Politik und Einmischungen, die nationalen Haß erregen." Baldwin habe zugegeben, daß er für einige Jahre Europa keinen Frieden bringen könne. Dann solle er es aufgeben und jemand Platz machen, der es könne.

Baldwin habe eine gute Aussicht gehabt, die Angelegenheit Europas zu regeln. Frankreich begann einzusehen, daß es Entschädigungszahlungen während einer gegenwärtigen Ruhrpolitik nicht erhalten könne. Italien sei ebenfalls zu derselben Ansicht gekommen, und Baldwin zögere. Letzten August vor einem Jahre habe er, Lloyd George, Poincare in London erklärt, daß dieser, wenn er ins Ruhrgebiet eindringe, kein Bargeld, sondern Waggonladungen von Schwierigkeiten haben werde. Er habe kein Bargeld erhalten und ganze Tonnen von Schwierigkeiten gehabt, und werde mehr davon erhalten, wenn er das Ruhrgebiet nicht verlasse. Er habe sich auf den Weg begeben, der zu dem furchtbarsten Kriege in der Geschichte geführt habe. Der Beginn des letzten Krieges sei der Versuch Deutschlands gewesen, Gebiete zu annektieren, die ihm nicht gehörten. Poincare habe jetzt genau dieselbe Politik eingeschlagen. Wolle irgend jemand sagen, daß, wenn Amerika und das englische Reich, die beiden größten Staaten auf Erden, mit italienischer Zustimmung die Lage fest, klug und zähe anfassen würden, man nicht jedermann Bedingungen auferlegen könnte, vorausgesetzt, daß sie im Rechte seien?

Nach der Wiederherstellung des Friedens könnte die gerechte Regelung der Schulden und der Entschädigungsfrage. Die Regierung habe ein Dokument unterzeichnet, in dem sie Großbritannien verpflichtete, 66 Jahre lang 37 Millionen Pfund Sterling an Amerika zu zahlen, mit einer möglichen späteren Herabsetzung des Zinsbetrages. Sie habe es unterzeichnet, ohne irgendeine Zusage von irgendeinem der Verbündeten sich zu sichern, daß England auch nur einen Pfennig von ihnen erhalten werde. Das sei ein schlechtes Geschäft. Wenn diese traurige Regelung nicht erfolgt wäre, so würde der englische Kredit, der der beste in Europa sei, jetzt ebensogut wie der amerikanische sein. Baldwin habe eine Note aussenden lassen, in der es hieß, Frankreich und England seien zu einer Vereinbarung gelangt. Dies sei jedoch nicht wahr. Diese weiche, nachgiebige Diplomatie werde Europa nicht retten, noch irgendwie Frieden machen. Es müßte jede mögliche Festigkeit, jede mögliche Stärke, jede mögliche Entschiedenheit vorhanden sein, damit die Welt wisse, daß Großbritannien das, was es sage, auch wirklich meine.

Man wird sich diese und ähnliche Kundgebungen der oppositionellen Wahlredner merken müssen, um sie daran zu erinnern, falls sie den Wahlkampf gewinnen und die Regierung übernehmen.

Arbeitsfragen.

Goldlöhne für Reichsarbeiter.

* **Berlin**, 26. Nov. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen mit den Organisationen der Reichsarbeiter bezüglich der Einführung von Goldlöhnen ist amtlicherseits eine Bekanntmachung erfolgt, daß Stundenlöhne von 26 bis 56 Pfennigen in Ortsklasse A vereinbart worden sind. Nachstehend werden die Einzelheiten des Verhandlungsergebnisses mitgeteilt:

Wirtschaftsgebiet	I	II	III
Lohngruppe 7	26 Pfg.	30 Pfg.	33 Pfg.
Lohngruppe 6	28 Pfg.	32 Pfg.	35 Pfg.
Lohngruppe 5	30 Pfg.	34 Pfg.	37 Pfg.
Lohngruppe 4	32 Pfg.	37 Pfg.	40 Pfg.
Lohngruppe 3	35 Pfg.	41 Pfg.	45 Pfg.
Lohngruppe 2	39 Pfg.	45 Pfg.	50 Pfg.
Lohngruppe 1	44 Pfg.	51 Pfg.	56 Pfg.

Die sozialen Zulagen betragen für Frau und jedes Kind 3 Pfg. Die Ortslohnzulagen ermäßigen sich im Wirtschaftsgebiet II um 15 Prozent, im Wirtschaftsgebiet III um 27 Prozent. Die genannten Sätze gelten für Ortsklasse A. Sie sind für jede niedrigere Ortsklasse um je einen Pfennig abgestuft. Die Bemühungen der Organisationen gehen dahin, die Ortsklassen überhaupt zu beseitigen. Die Regierung, die gleichfalls die Unzulänglichkeit der Ortsklasseneinteilung erkannt hat, die sofortige Abschaffung jedoch noch nicht für spruchreif hält, erklärte sich vorerst nur dazu bereit, die Bemessung der Stundenlöhne nach drei Wirtschaftsgebieten vorzunehmen, innerhalb deren jedoch die Ortsklasseneinteilung bestehen bleiben soll. Wirtschaftsgebiet I liegt östlich der Elbe bis zur Reichsgrenze, ausschließlich des Bezirks Berlin und Freistaates Sachsen. Wirtschaftsgebiet II umfaßt den Bezirk westlich der Elbe bis Rhein-Weser einschließlich des Bezirks Berlin und Freistaates Sachsen. Wirtschaftsgebiet III umfaßt den ganzen Westen. Die Abgrenzung der Wirtschaftsgebiete ist nur als eine vorläufige anzusehen. Es sind bereits Verhandlungen mit dem Reichsfinanzministerium eingeleitet, um eine genauere Umgrenzung herbeizuführen. Die Neuregelung tritt vom 29. Nov. ab in Kraft.

Die Teuerungsunruhen.

Todesopfer in Remscheid.

* **Remscheid**, 26. Nov. Am Samstag vormittag 10 Uhr wurde von der Bergischen Stahlindustrie, einem der größten hiesigen Werke, das über 2000 Arbeiter, und zwar bisher stets voll beschäftigt hat, die hiesige Schutzpolizei zu Hilfe gerufen, weil ein Teil der Arbeiterschaft in sinnloser Weise die industriellen Anlagen des Werkes zerstöre. Als die Polizei anlangte, dauerten die Zerstörungen noch an, während ein Teil der Belegschaft vor dem Werk demonstrierte. Die Werksfeuerwehr, die zugleich den Werkschutz ausübt, war von der Menge überwältigt und eingeschlossen worden. Der Brandmeister hatte eine erhebliche Verletzung am Auge davongetragen und erst, als er Schreckschüsse gegen die Menge abgab, ließ diese von den Feuerwehrleuten ab. Andere Arbeiter waren in das Direktionsgebäude eingedrungen, um die anwesenden Direktoren zu mißhandeln, wurden hieran aber durch das Eintreffen der Polizei gehindert, die sich zunächst darauf beschränkte, die Straße von den Demonstranten zu säubern. Ein Versuch der Kundgeber, sich des Branddirektors Klank, der zugleich Leiter der Abteilung zur Verhütung von Fabrikdiebstählen ist, zu bemächtigen und ihn zu lynchen, wurde von der Polizei abgewehrt. Inzwischen fanden im Direktionsgebäude Verhandlungen mit dem Betriebsrat und Arbeiterverband, der Freien Gewerkschaft des Deutschen Metallarbeiterverbandes statt. Der Direktion wurden folgende Forderungen unterbreitet: Rückgängigmachung der Versetzung des Betriebsratsmitgliedes Strack, des Führers einer kommunistischen Hundertschaft; die Bewaffnung der Feuerwehr, die gleichzeitig den Werkschutz versieht, wird unterbunden; Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Unter dem Druck der Straße wurden diese Forderungen von der Direktion angenommen. Die Verhandlungen zogen sich bis gegen 2 Uhr hin. Als dann das Ergebnis der Verhandlungen bekanntgegeben wurde, u. a. auch, daß der Branddirektor Klank freizulassen und unter polizeilichen Schutz zu stellen sei, erhob sich ein mächtiges Geschrei: Klank kommt nicht heraus, Klank bleibt hier! Als die Schutzpolizei dann den Branddirektor zu befreien versuchte und durch den schmalen Portiereingang in das Werk eindrang, ergriffen mehrere hundert Personen Eisenstangen und verwehrten den Schutzpolizisten den Eingang. Als die drei ersten Schutzpolizeibeamten von der Menge niedergeschlagen waren, gaben die anderen Polizeibeamten scharfe Schüsse ab, um zu verhindern, daß ihre Kameraden erschlagen würden. Von den Zivilisten wurde eine Person getötet und 11 verletzt. Einer der Verletzten ist noch in der Nacht zum Sonntag gestorben, mehrere andere Verletzte liegen bedenklich darnieder. Erst um 3½ Uhr war die Ruhe wiederhergestellt. Sonntag vormittag fand hier im Salamander eine Versammlung der Belegschaft der Bergischen Stahlindustrie statt, die jedoch ruhig verlief.

Die Direktion machte durch Anschlag bekannt, daß wegen der Demonstration keine Maßregelungen vorgenommen würden und der Leiter der Feuerwehr, Klank, seine Stelle wechseln solle; am Montag früh würden den Arbeitern Vorschüsse für die nächsten drei Tage gezahlt. Die Arbeit ist heute morgen wieder aufgenommen worden.

Zusammenstöße in Herne und Gladbeck.

* **Herne**, 24. Nov. Etwa 15 000 Erwerbslose erstürmten heute morgen das Rathaus. Drei Beamte wurden erschlagen. Die Aufrührer haben das Rathaus noch besetzt.

Gladbeck, 24. Nov. Hier kam es zwischen Bergarbeitern und Polizei zu einem Zusammenstoß, bei dem es mehrere Verwundete und einen Toten gab.

Plünderungen in Berlin.

wtb. **Berlin**, 26 Nov. (Tel.) Infolge der ständig wachsenden Lebensmittelpreise ist es auch heute an vielen Stellen Berlins zu Ansammlungen und teilweise auch zu Plünderungen von Bäcker- und Metzgerläden gekommen. Auch ein Schuhwarengeschäft wurde beraubt. Mehrere Plünderer konnten festgenommen werden.

Rhein und Ruhr.

Der Vertrag mit der Ingenieurkommission.

wtb. **Paris**, 26. Nov. (Tel.) Ueber die immer noch ungeklärte Frage, was der Vertrag des Bergbaulichen Vereins mit der belgisch-französischen Ingenieurkommission hinsichtlich der Berechnung der Sachlieferungen und der einzuziehenden Steuern enthält, schreibt der Matin: Ein Teil des Nutzens wird auf Reparationskonto verbucht werden, davon seien z. B. die Kosten für die Besatzung zu decken, der andere Teil, der durch die Kohlensteuer und durch den Verkauf der beschlagnahmten Läger erzielt werde, müsse in eine besondere Kasse gezahlt werden und für die Verwaltung des Ruhrpfandes verwandt werden. Die Schaffung dieses Kontos sei eine direkte Folge des Art. 18 zum Anhang 2 des Abschnittes 8 des Versailler Vertrages. Wenn die Reparationskommission Einwendungen gegen diese Verteilung machen sollte, so würde sie dadurch auch die Frage der Legalität der Ruhrbesetzung aufrollen und auch das Kontrollrecht über diese privaten und provisorischen Abmachungen sich aneignen, die Frankreich mit den Industriellen getroffen hat. Diese Angelegenheiten gingen die Reparationskommission aber nichts an.

wtb. **Berlin**, 26. Nov. (Tel.) Gestern nachmittag traten die Direktoren der Ruhrzechen in Unna zusammen, um zu dem Vertrag mit der Micum Stellung zu nehmen. Von allen Seiten wurden schwere Bedenken gegen die vereinbarten Bedingungen geäußert, vor allem dagegen, daß die Klauseln über die Ein- und Ausfuhr der Besatzungsbehörde das Recht zu Eingriffen in die Betriebe gäben. Es wurde anderseits betont, daß die Unterzeichner des Vertrages ihre Bedenken zurückgestellt hätten, um die Katastrophe einer allgemeinen Arbeitslosigkeit zu verhindern.

wtb. **Berlin**, 26. Nov. (Tel.) Vorläufiges Uebereinkommen mit der Micum (interalliierten Kontrollkommission für Fabriken und Bergwerke), gültig bis zum 15. April 1924 für diejenigen Bergwerke, die mit den alliierten Behörden noch kein Abkommen treffen.

1. Das Verzeichnis der Bergwerke und der mit Bergwerken verbundenen Fabriken, die bei der Unterzeichnung des vorliegenden Vertrages bereits ein Abkommen mit der Micum trafen, siehe Anlage 1. Es wird vereinbart, daß die Bedingungen des vorliegenden Vertrages hinfällig sind, wenn nicht binnen 10 Tagen 88 Prozent der Bergwerke (dieser Prozentsatz ist auf Grund der Bruttokohlenförderung des Jahres 1921 berechnet) alle Bestimmungen des Abkommens annehmen. Selbstverständlich werden unmittelbar nach der Unterzeichnung dieses Abkommens Sonderverträge mit jedem Bergwerk oder jedem Konzern abgeschlossen werden. Doch müssen die Bedingungen des vorliegenden Abkommens innegehalten werden.

2. Rückständige Kohlensteuer. Die Bergwerke, die vor dem 20. Januar 1923 die für den Oktober, November und Dezember 1922 fälligen Beträge der Kohlensteuer an die Reichskasse abgeführt haben, sind für diesen Zeitraum von jeder Verpflichtung befreit, müssen aber der Micum den Nachweis über ihre Zahlungen an die Reichskasse führen. Der genaue Betrag der rückständigen Kohlensteuer, der von den Bergwerken an die Micum zu zahlen ist, wird durch die Ermäßigungskommission festgesetzt und bis zum 1. November auf ein Fünftel oder ein Viertel der Pauschal-Schätzungssumme einschließlich der Strafgelder beschränkt. Je nachdem es sich um reine Bergwerke oder um Bergwerke handelt, die dem Konzern der Metallindustrie angeschlossen sind, wird der Ermäßigungskoeffizient zwischen dreiviertel und vierfünftel gestaffelt, um der verhältnismäßigen Bedeutung der Metallwerke in jenem Konzern Rechnung zu tragen. Die für den Zeitraum bis zum 31. Oktober zu zahlende Gesamtsumme solle 15 Millionen Dollars für die Gesamtheit der Bergwerke, die noch kein Abkommen mit der Micum getroffen haben, nicht überschreiten. Von dem derart festgesetzten Betrag wird für jedes Bergwerk oder für jeden Konzern der Nettoerlös aus dem Verkauf der auf Konto Kohlensteuer beschlagnahmten Gegenstände (Metallerzeugnisse) und der Kohlenlieferungen an die Regie und die in den Bergwerken beschlagnahmten Nebenprodukte, Schlacken, Thomasmehl, Grubenhölzer usw., unter Ausschluß auf andere Konten (Wiederherstellungskonto, Sachlieferungskonto) beschlagnahmten Erzeugnisse abgezogen. (Schluß folgt.)

Eisenbahner und Regie.

wtb. **Krefeld**, 26. Nov. (Tel.) Hier haben die Belgier erklärt, daß vor dem 15. Dezember keine weiteren Einstellungen zur Eisenbahnregie vorgenommen würden.

wtb. **Hohenbudberg**, 26. Nov. (Tel.) Bahnmeister Witte, der am 17. Oktober nach Ableistung des Diensteides bei der Regie eingestellt worden war, mußte am 17. November auf Verfügung der Regiedirektion Aachen seinen Dienst wieder verlassen und auch die ihm zugewiesene Dienstwohnung wieder räumen, mit der Begründung, daß er auf der schwarzen Liste aufgeführt sei.

Aus Nah u. Fern.

Beraubung des Bahnhofs Düsseldorf-Oberkassel.

wtb. **Düsseldorf**, 26. Nov. (Tel.) Der Bahnhof Düsseldorf-Oberkassel ist fast ohne jede Bewachung. Diebstähle nehmen infolgedessen überhand. Kleineisenzeug, Holzschwellen, Kohlen und Einrichtungsgegenstände der Bahnmeisterbüros, in welche sich die Diebe durch Einschlagen der Türen und Fenster Eingang verschafft haben, werden weggeschleppt.

Fleischer-Obermeistertag.

* **Essen**, 24. Nov. In Essen tagten die Obermeister im Bezirksverein Rheinland-Westfalen des Deutschen Fleischerverbandes. Der Vorsitzende Mällhaupt berichtete über die Lage. Auf den 36 bedeutendsten Viehmärkten ist der Auftrieb um 83,7 Prozent von September 1922 bis September 1923 zurückgegangen. Allein in der Zeit von Juni 1923 bis September 1923 betrug der Rückgang 48 Proz. Vor dem Kriege wurden 90 Prozent des Fleischbedarfs im Inlande gedeckt. Heute ist das besetzte Gebiet in hohem Maße auf das Ausland angewiesen. Das Fleischergewerbe habe die Not der Bevölkerung im Auge und sei bemüht, von sich aus Maßnahmen zu treffen, damit die Fleischversorgung nicht vollständig stocke. Die Gemeinden müßten aber Kredithilfe leisten. Die Landwirtschaft im unbesetzten Gebiet müsse an die Bevölkerung des besetzten Gebietes denken und Vieh zum Kaufe anbieten. Von erschreckender Deutlichkeit sind die Klagen gegen gewisse Viehhändler und Großschlächter, die wochenlang das geschlachtete Vieh in den Kühlräumen der Schlachthöfe aufspeichern und es nicht absetzen. Durch die ganze Aussprache klang es immer wieder: „Wie erhalten wir Devisen?" Die Vorstellungen in Berlin haben bisher nichts geholfen. Nach dem Vorschlage von Direktor Dr. Lübbering soll eine Entschließung an den Reichskanzler und den Reichsfinanzminister geschickt werden, um sie zu größeren Devisenüberweisungen für das besetzte Gebiet aufzufordern.

Uebertriebene Meldungen aus Hamburg.

wtb. **Hamburg**, 26. Nov. Anläßlich der Meldungen einiger Blätter über die Festnahme bewaffneter Angehöriger des Jung-Bismarckbundes und des Niedersachsenringes teilt die staatliche Pressestelle unter gleichzeitiger Warnung vor sensationellen Uebertreibungen an sich geringfügiger Vorkommnisse mit: In der Nacht zum Sonntag bemerkten Polizeibeamte im Stadtpark kleinere Gruppen und schritten zur Festnahme von 48 Personen. Auf der Wache wurde festgestellt, daß nur einer der Verhafteten eine Pistole bei sich trug, zu deren Tragen ihn ein Waffenschein berechtigte. Sämtliche Personen wurden daraufhin wieder freigelassen. Auch die polizeiliche Untersuchung der Gruppe der Jung-Bismarckbündler, die von einer Wanderübung nach Bargteheide zurückkehrte, ergab, daß keiner der Beteiligten eine Waffe bei sich trug. (Das Erstaunliche an dieser Meldung ist, daß sie vom offiziösen Wolffbüro übermittelt wird, das die eingangs gekennzeichneten Uebertreibungen selbst verbreitet hatte.)

Fischdampfer überfällig.

wtb. **Hamburg**, 26. Nov. (Tel.) Der der Deutschen Seefischerei A.-G. Cuxhaven gehörende Hochsee-Fischdampfer Borkhof, der vor vier Wochen zum Fang in See ging, ist stark überfällig. Es wird vermutet, daß das Schiff mit seinen 12 Mann Besatzung untergegangen ist.

Das „Wild-West"-Drama von Eberbach vor dem Schwurgericht.

* **Mosbach** (Baden), 23. Nov. Am Donnerstag begann vor dem hiesigen Schwurgericht das gerichtliche Nachspiel zu dem nächtlichen Wildwestdrama, das sich in einem Hotelzimmer des benachbarten badischen Städtchens Eberbach abspielte und dessen Ursachen und Verlauf seinerzeit die ganze Welt in Spannung versetzten. Eberbach ist der Geburtsort des amerikanischen Brauerkönigs Berthold Bergdoll, der gemeinsam mit seiner Frau in jungen Jahren nach Amerika ausgewandert war und in Philadelphia eine Brauerei gründete, die ihn zu einem der reichsten Männer der neuen Welt machte. Dort wurde auch sein Sohn Grover Cleveland Bergdoll geboren, der in Philadelphia eine Automobilfabrik ins Leben rief und der es in der amerikanischen Armee bis zum Fliegeroffizier brachte. Nach dem Eintritt Amerikas in den Weltkrieg erhielt auch Cleveland Bergdoll den Stellungsbefehl, dem er jedoch nicht Folge leistete, um nicht gegen das Heimatland seiner Eltern kämpfen zu müssen. Er wurde deshalb am 7. Jan. 1920, nachdem man lange Zeit vergeblich Jagd auf den Flüchtling gemacht hatte, von einem Aufgebot von etwa 150 Polizisten umstellt, nach Governes Island gebracht und wegen Fahnenflucht zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Man soll ihm dann im Gefängnis nahegelegt haben, gegen 100 000 Dollar Bestechungsgelder seine Freiheit zu erkaufen. Er gab darauf an, daß er in den westvirginischen Bergen 200 000 Dollar in Gold vergraben hätte, die er aber persönlich holen müsse, da nur ihm Ort und Stelle bekannt sei. In Begleitung von zwei Unteroffizieren durfte er auch die Reise antreten. Auf diese Weise gelang es ihm, zu entfliehen und auf Umwegen nach Deutschland zu kommen. Da eine hohe Belohnung auf Bergdoll ausgesetzt war, versuchten verschiedene Personen, ihn auf deutschem Boden zu verhaften. Da der junge Bergdoll als ein ausgezeichneter Boxer und sein Chauffeur als Ringkämpfer bekannt waren, waren sechs Personen zur Festnahme Bergdolls gedungen. Ihre Führung lag in den Händen des amerikanischen Detektivs Charles Neaf, der mit seinen Helfern im Auto nach Eberbach fuhr. Bergdoll fuhr an diesem Tage das Auto eines ihm befreundeten Brautpaares zum Bahnhof. Während sich die Brautleute auf den Bahnsteig begaben, erschien plötzlich das Auto der sechs Verschworenen in der Nähe des Hochzeitswagens. Die sechs sprangen ab und umstellten sogleich Bergdolls Auto. Ihr Anführer setzte Bergdoll den Revolver auf die Brust und erklärte ihm, daß er hiermit durch die amerikanische Polizei verhaftet sei. Bergdoll hieb ihm mit einem einzigen Faustschlag sofort die Waffe aus der Hand und fuhr davon, worauf Neaf dem Auto nachschoß und ein in diesem sitzendes Fräulein Rupp verletzte. Die sechs wurden dann verhaftet und von der erregten Volksmenge schwer verprügelt. Die amerikanische Regierung sprach ihr Bedauern über den Vorfall aus, und nachdem Neaf und seine Helfershelfer vom Mosbacher Landgericht zu fünfzehn bis sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden waren, schien die Sache erledigt. Allein am 10. August durcheilte die Kunde von einem neuen Ueberfall auf Bergdoll die Oeffentlichkeit. Bergdoll befand sich an diesem Tage in dem von ihm bewohnten Hotel zur Krone in Eberbach. Als er gegen 10 Uhr abends das Zimmer in der Dunkelheit betrat und die Tür eben abgeschlossen hatte, fühlte er sich von zwei Männern angegriffen, die ihn aufs Bett warfen und ihn mit Gummiknüppeln über den Kopf schlugen. Es gelang ihm, dem einen der Angreifer den Finger zu durchbeißen, wodurch er etwas Luft bekam und seine Angreifer von sich stoßen konnte. Diesen Augenblick benutzte er, um seinen Revolver zu ziehen. Er gab in der Dunkelheit sechs Schüsse ab, durch die einer der Angreifer getötet, der andere schwer verwundet wurde. Der Getötete erwies sich als ein amerikanischer Spitzel, Karl Schmidt aus Lausanne. Als Anführer des diesmaligen Verbrechens gegen Bergdoll wurde der gleichfalls im Hotel zur Krone abgestiegene amerikanische Oberleutnant Griffith festgestellt, den sein amerikanischer Chauffeur Nelson und der russische Abenteurer Gregor Gazarin begleitete. Die drei hatten sich nach dem verunglückten Attentat in einem Auto aus Eberbach entfernt, das von der sofort alarmierten Polizei noch festgehalten werden konnte. Die Angeklagten sind geständig.

„Regentropfen" in der Milch.

bb **Berlin**, 24. Nov. Ein Urteil, das auf alle, die es angeht, eine heilsame Wirkung ausüben dürfte, wurde vom Schöffengericht Berlin-Mitte gefällt. Wegen Nahrungsmittelverfälschung war die Milchhändlerin Charlotte D. angeklagt. Die Kunden der Angeklagten hatten seit einiger Zeit bemerkt, daß die von ihnen gekaufte Milch ein bläuliches, wässeriges Aussehen hatte. Einige Frauen begaben sich schließlich zur Polizeiwache und veranlaßten eine Untersuchung der Milch. Dabei stellte sich heraus, daß einzelne Proben einen Wasserzusatz von 10—12 Prozent enthielten. Frau D. behauptete in der Verhandlung, daß sie keine Ahnung habe, auf welche Weise die Milch verwässert worden sei. Es bestehe die Möglichkeit, daß von der Decke Tropfen des Regenwassers in den Milchbehälter gelangt seien. Sie selbst habe jedenfalls die Verfälschung nicht vorgenommen. Das Schöffengericht hielt diese Angabe für eine unglaubwürdige Ausrede. Es war der Ansicht, daß für eine Verfälschung des wichtigsten Nahrungsmittels für Kranke und Kinder eine strenge Strafe am Platze sei. Die Angeklagte wurde daher in Anbetracht der Gemeingefährlichkeit ihrer Handlungsweise zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt und aus dem Gerichtssaal sofort in die Haft abgeführt.

Abonniert die „Schwerter Zeitung"!

Der Bezugspreis der „Schwerter Zeitung“ beträgt für die laufende Woche

800 Milliarden Papiermark

der Preis der Einzelnummer ist auf 150 Milliarden Papiermark festgesetzt.

Verlag der „Schwerter Zeitung“.

Zum Gelett.

Warum in die Ferne schweifen?
Sieh', das Gute liegt so nah.
Lerne nur das Glück ergreifen;
Denn das Glück ist immer da.

Goethe, „Erinnerung“.

*

Erinnerungen.

8 v. Chr. Der römische Dichter Horaz gestorben.
1878 Der Dichter A. E. Brachvogel gestorben.
1894 Fürstin Johanna von Bismarck gestorben.
1895 Der französische Dichter Alexander Dumas Sohn gestorben.
1914 Hindenburg wird Generalfeldmarschall.

Aus Stadt und Umgebung.

Schwerte, den 27. November 1923

Melancholische Kinder.

Kinder mit melancholischem Temperament neigen dazu, sich in die Welt der Innerlichkeit zu versenken und sich infolgedessen gegen die Außenwelt förmlich zu verschließen. Sie erschweren dadurch ihren Eltern den Blick in ihr Seelenleben und quälen sich selbst in wehmütigem Ernst, der oft in Schwermut ausartet. Hier gilt es, den feinsten pädagogischen Takt anzuwenden, um mit dem Schlüssel der innigsten Teilnahme das kindliche Herz aufzuschließen, die dunkle Selbstqual aus der Tiefe ans Tageslicht zu ziehen und mit liebevoller Belehrung zu durchleuchten und zu zerstreuen. Da der Melancholiker aber sehr empfindlich ist, selbst gegen harmlose Aeußerungen, so ist Vorsicht auch schon in der Wahl der Worte unerläßlich. Der geringste Spott würde sofort das beginnende Vertrauen wieder ertöten und die Herzenskammer umso fester verschließen. Nur wo im Familienkreise die Sonne des aufrichtigen Wohlwollens dauernd alles durchschwärmt, wird sich allmählich der Wolkenhimmel der kindlichen Seele klären, die Wehmut schwinden und aus dem Melancholiker ein zutrauliches Familienglied machen, welches nicht mehr durch Laune, falsche Empfindung und Eigensinn das gemütliche Zusammenleben stört.

*

+ **Die Frechheit der Spitzbuben** wird in letzter Zeit immer größer. In einer der letzten stürmischen Nächte ist das lichtscheue Gesindel in verschiedenen Stadtteilen wieder sehr eifrig an der „Arbeit“ gewesen. So wurde dem Keller des Gastwirts Sprave an der Hörderstraße ein Besuch abgestattet, der ganze Vorrat an Winterobst, mehrere Brote und eine Korbflasche mit 25 Liter Branntwein gestohlen; die übrigen in dem Keller aufbewahrten Lebensmittel ließen die Diebe unberührt. Dem Kaufmann Lekhaus an der Kampstraße wurde die Wäsche aus der Waschküche gestohlen und dem Bäcker Denniger an der Wilhelmstraße der gesamte Brotvorrat aus dem Schaufenster, in das ein kleines Loch geschlagen war, „geangelt“. Ganz gemein handelten Spitzbuben, die dem Friseur Vellinghoff an der Bahnhofstraße besuchten. Dem Manne wurde u. a. sein gesamtes Handwerkszeug gestohlen. In allen diesen Fällen fehlt von den frechen Tätern noch jede Spur.

+ **Die alte Geschichte.** Bei der so oft gerügten und doch wieder so geliebten Unsitte der Kinder, über das Treppengeländer herabzurutschen, kam gestern die siebenjährige Schülerin Grete Hoffmann in der elterlichen Wohnung an der Hagenerstraße so unglücklich zu Fall, daß das Kind einen Bruch des rechten Oberarms erlitt. Hoffentlich wird der bedauerliche Vorfall anderen Kindern zur Warnung dienen.

—* **Vortragsvereinigung.** Es sei auch an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß heute Dienstag, den 27. November, abends 8 Uhr die Vortragsvereinigung ihre Vortragsfolge im Gemeindehause — Hagenerstraße — eröffnet. Herr Professor Ferdinand Gregori-Berlin spricht über Gottfried Keller. Der Vortragende wird im ersten Teile seines Vortrages eine Einführung geben, im zweiten Teile wird er Proben aus Gottfried Kellers Werken vortragen, wie das Spielmannslied, Winternacht, Abendlied an die Natur, aus „Lebendig begraben“, aus „Feuer Idylle“, der schlimm-heilige Vitalis. Der Name des Vortragenden spricht für sich, und es erübrigt sich, den Abend besonders zu empfehlen. Der Eintrittspreis beträgt für Abonnenten 15 Goldpfennige, sonst 25 Goldpennige. Karten sind in der Buchhandlung von Saatmann u. Sohn und abends an der Kasse zu haben.

—* **Von dem Gewerkschaftsbund der Angestellten,** Zahlstelle Schwerte-Ruhr, wird uns zur Kundgebung der Aerzte Deutschlands geschrieben: Die Krankenkasse des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, die Krankenkasse des Vereins der Deutschen Kaufleute und die Krankenkasse des Deutschen Angestelltenbundes, sämtlich Ersatzkassen, die in der Arbeitsgemeinschaft der Krankenkassen des Gewerkschaftsbundes für männliche, weibliche und technische Angestellte zusammengeschlossen sind, geben folgendes bekannt: „Durch die Kundgebung des Verbandes der Aerzte Deutschlands in der Tagespresse wird der Eindruck erweckt, als ob alle Krankenkassen ohne Ausnahme zusammengebrochen wären und als ob die in der Kundgebung gemachten Ausführungen auf alle Kassen zuträfen. Die genannten Krankenkassen des Gewerkschaftsbundes der Angestellten legen Gewicht darauf, festzustellen, daß sie von den neuen Verordnungen keinen Gebrauch zu machen beabsichtigen. Sie werden ihren Mitgliedern nach wie vor die Wahl unter den ihnen vom Aerzteverband aufgegebenen Vertragsärzten für Rechnung der Kasse freistellen und freie Arznei gewähren. Die genannten Kassen zahlen das Arzthonorar auch nicht nach der Reichsrichtzahl einer vergangenen Woche, sondern nach der Reichsrichtzahl der Behandlungswoche. Jede Apotheke kann ihre rechtmäßigen Forderungen sofort bar bezahlt erhalten. Die genannten Krankenkassen legen grundsätzlichen Wert darauf, ihre Leistungen so lange wie irgend möglich voll aufrecht zu erhalten.“

Sehr wichtig für Krankenkassen.

Der Reichswährungskommissar hat entsprechend einem Antrag des Abg. Thiel (D. Vp.) veranlaßt, daß allen Krankenkassen der Umtausch ihrer täglichen Papiergeldeinnahmen in wertbeständige Zahlungsmittel bei der Reichsbank ermöglicht wird. Die Entscheidung hat zur Folge, daß die schwer um ihre Existenz ringenden Krankenkassen nunmehr in die Lage kommen, sich vor den großen Inflationsverlusten zu schützen, die sie an den Rand des Ruins gebracht und damit eine große Gefahr für die deutsche Volksgesundheit heraufbeschworen haben.

Da die Krankenkassen zurzeit keinerlei Rücklagen mehr machen können, so ist eine Hamsterei von Rentenmark bei ihnen ausgeschlossen. Die Krankenkassen geben diese Zahlungsmittel restlos an Aerzte, Apotheken, Kranke und ihre Angestellten aus. Auch diese Personenkreise sind völlig außerstande, die Zahlungsmittel zu hamstern. Vielmehr zwingt auch ihre wirtschaftliche Lage, diese Zahlungsmittel sofort in Waren umzusetzen, und somit die Rentenmark in den Verkehr zu bringen. Damit ist auch den Absichten der Rentenbank am besten gedient.

—* **Gegen die hohen Preise der städtischen Werke.** Im Reichstag haben die Deutschnationalen einen Antrag eingebracht, die Reichsregierung zu ersuchen, die Verordnung über die Berechnung des Preises bei der Lieferung von elektrischer Kraft, Gas und Leitungswasser vom 24. Oktober 1923 sofort aufzuheben, weil sie nicht nur für das gesamte Wirtschaftsleben und jeden Privathaushalt vernichtend wirkt, sondern auch die Rechtsverfolgung nach bisherigem Recht und die Rechtsprechung ungünstig zu beeinflussen geeignet ist.

—* **Wertbeständige Gebühr bei der Reichsversorgung.** Eine wertbeständige Gebühr ist jetzt auch im Verfahren vor den Spruchbehörden der Reichsversorgung eingeführt worden. Nach einer Verordnung des Reichsarbeitsministers ist die Gebühr, die dem Kläger im Falle seines Unterliegens auferlegt wird, für jede Instanz auf eine halbe bis zwanzig Goldmark festgesetzt worden. Bei Zahlung in Papiermark wird sie nach dem Goldumrechnungssatz berechnet.

—* **Mittlere Reife?** Die Frage einer mittleren Reife wird jetzt von der Regierung erwogen. Die Beratungen sind veranlaßt durch das Grundschulgesetz und dessen Durchführung. Es schweben auch Erwägungen über die Dauer der Lehrgänge der höheren und mittleren Schulen. Nach einem Bescheide des Volksbildungsministers lassen es die zurzeit noch geltenden Bestimmungen nicht zu, daß eine fünfstufige Mittelschule als vollausgestaltete Mittelschule anerkannt wird.

—* **Den Pfennig wieder ehren!** Eine Gelegenheit, den Pfennig wieder zu Ehren zu bringen, bringt jetzt die Rückkehr zur sogenannten Goldrechnung. In Norddeutschland hatte s. Zt. der Groschen es mit sich gebracht, daß fast allgemein alle Preise auf einen halben Groschen oder fünf Pfennig abgerundet wurden. In Süddeutschland bedingte der Vorgänger des Pfennigs, der Kreuzer, eine größere Wertung einzelner Pfennige, ebenso wie man in Oesterreich anstelle des früheren Kreuzers fast alle Hellerbeträge auf Zahlen abrundete, die durch zwei teilbar waren. Angesichts des großen Wertes eines Goldpfennigs in unserer Armut böte sich eine schöne Gelegenheit, den einzelnen Pfennig zu Ehren zu bringen. Die Behörden geben aber ein schlechtes Beispiel dagegen. Als Mindestfahrpreis im hauptstädtischen Ortsverkehr rechnet die Reichsbahn 15 Pfennig, für die 2. Klasse 25 Pfennig. Es liegt durchaus kein Grund vor, nicht etwa 12 und 18 Pfennig oder 14 und 21 Pfennig zu rechnen. Wenigstens würde so der gewollte Unterschied zwischen den beiden Klassen besser gewahrt. Offenbar zur Anpassung an die alte Abrundung hat die Reichspost das Verhältnis der Gebühr für einen Ortsbrief und eine Fernpostkarte zum einfachen Fernbrief von 2 : 3 auf 1 : 2 erhöht. Es wäre viel angemessener, es bei 4 Pfennig für den Ortsbrief und die Fernkarte zu belassen. Ebenso scheint man nach dem alten Schema für die leichte Drucksache wieder 3 Pfennig einführen zu wollen, da Briefmarken dieses Wertes angekündigt werden. Auch hier würde das alte Verhältnis zum Fernbrief 1 : 3 den neuen Dingen weit mehr entsprechen.

—* **Die vielen Marken verderben den Inhalt.** Ansteckender Krankheitsstoff wird den Medizinaluntersuchungsanstalten in besonderen Fällen zugeschickt. Wie andere Sendungen mußten sie infolge der fortwährenden Portoerhöhungen von allen Seiten mit Dienstmarken beklebt werden. Unter dem Stempel leiden die Hüllen so, daß der Inhalt beschädigt wird oder herausfällt. Die Sendungen werden deshalb jetzt als portopflichtige Dienstsache verschickt. Sie erhalten am Rande den Aufdruck: „Hier frempeln und Porto vermerken.“ Die Untersuchungsanstalten müssen dann die Briefgebühr entrichten. Im Gegensatz zum Reich besteht für diese Sendungen keine Portoablösung.

—* **Das Ende des Notgeldes.** Nach einer Meldung aus Berlin hat die Reichsbankzentrale alle Reichsbankstellen im ganzen Reiche angewiesen, die Annahme jeglichen Notgeldes aller Städte, Gemeinden, der Reichsbahn usw. sofort einzustellen. Diese Maßnahme dürfte vermutlich darauf zurückzuführen sein, daß die Emission von wertbeständigem und Papiernotgeld sich im Lauf der letzten Wochen als höchst gefährlich für die deutsche Währung erwies. Es war z. B. im besetzten Gebiet vielfach vorgekommen, daß für wertbeständiges Notgeld und auch für Papiernotgeld durchaus nicht die gesetzlich vorgeschriebene Deckung in Schatzanweisungen oder andern goldgleichen Mitteln vorhanden war. Man mißbraucht das Notgeld vielfach zur Erlangung von Krediten. Aus dem besetzten Gebiet wurden große Mengen in das unbesetzte Deutschland geschafft und dort in Devisen umgesetzt. Ein großer Teil der Goldanleihe zum Beispiel ist auf diese Weise dem Umlauf entzogen worden. Durch den Erlaß der Reichsbank ist diesen Zuständen nunmehr ein Ende bereitet. Die Besitzer von Notgeld können es sich bei den Stellen, die es ausgegeben haben, wieder einlösen.

—* **So ist's recht!** Da die Reisenden an den Bahnhöfen des besetzten Gebietes vielfach durch Devisenschieber belästigt werden — so schreibt der G.-Anz. —, macht die Polizei hin und wieder Streifen gegen solche lästigen Personen. So auch vor einigen Abenden im Kölner Hauptbahnhof. Der Bahnhof wurde abgesperrt, wobei etwa 150 Personen abgefangen wurden, die mit Devisen handelten. Sie wurden auf Lastwagen zum Präsidium gebracht. Eine große Menge Devisen konnte beschlagnahmt werden, obwohl während der Fahrt zahlreiche Verhafteten sich der Devisen durch Fortwerfen entledigt hatten. Eine nachfolgende Radfahrerabteilung suchte die Scheine aber wieder auf. — Ins Arbeitshaus in Kislau wurde durch die Karlsruher Polizei der erste Transport Wucherer und Schieber eingeliefert, wo sie nun ihre „Arbeitsfreudigkeit“ bei freier Kost beweisen können.

—* **Goldmieten für Kleingärten?** Der Bundesvorsitzende der Mieterschutzvereine hat mit dem Wohlfahrtsminister sowie dem Geheimrat Konzen in Berlin bezüglich Klärung verschiedener Mieterfragen Rücksprache genommen. Der Regierungsvertreter erklärte, daß eine Berechnung der Kleingärtenmieten nach Goldpfennigen unzulässig sei. Für Gartenflächen, welche mit Wohnungen als eine Einheit zusammen gemietet sind, könne eine besondere Gartenpacht gesetzlich nicht gefordert werden. Etwa entgegenstehende Entscheidungen des Kleingartenschiedsgerichts bezw. des Mieteinigungsamtes seien also zu unrecht erfolgt.

Was viele nicht wissen.

Die deutsche Kohlenproduktion betrug im Jahre 1848 erst 4 Millionen Tonnen, 1890 schon 89, 1900 149, 1913 279 Millionen Tonnen.

Die Stadt Archangelsk hat 25 000 Einwohner, aber kein einziges Hotel. Ein Fremder, der dorthin kommt, muß ein Zimmer in einem Privathause mieten.

In Europa gibt es mehr als 200 eßbare Pilzarten; 50 davon sind gute, 50 mittelgute, 100 minderwertige Speisepilze. Eigentlich giftig sind nur 7 Arten.

London ist die gesündeste Großstadt.

Im Kampf um Liebe.

Roman von Rudolf Zollinger.

(Nachdruck verboten.)

25]

Holthausen wich ihm nicht aus. Er hatte den Kopf in die Hand gestützt, und ohne den Blick von der Tischplatte zu erheben, antwortete er: „Allerdings — es war seine Absicht, diese junge Dame zu heiraten. Natürlich denkst du, sie aufzusuchen?“

„Darüber bin ich mit mir noch keineswegs im reinen. Ich fühle im Grunde nicht das geringste Verlangen, ihre Bekanntschaft zu machen. Aber es ist immerhin nicht unmöglich, daß ich mit ihr zusammentreffe, und darum hätte ich ganz gern näheres über sie erfahren.“

„Doch nicht von mir, Rodeck?“

„Warum nicht von dir? Ich denke, du bist mit ihr bekannt?“

„Ich bin seit einer Reihe von Wochen der Arzt ihres todkranken Vaters. Und ich begegne der Tochter fast nur an seinem Krankenbette.“

„Du weißt also nichts über ihren Charakter und über die Art, wie ihre seltsame Verlobung mit diesem wenig begehrenswerten alten Manne zustande kam?“

Der Gefragte zauderte, als müsse er wegen seiner Erwiderung mit sich selber zu Rate gehen. Dann aber warf er plötzlich mit einer energischen Bewegung den Kopf in die Höhe und sah seinem Besucher fest in die Augen.

„Doch — ich weiß einiges davon! Aber ich kann nicht darüber sprechen, wenn ich zugleich deine verwandtschaftlichen Empfindungen für den Verstorbenen schonen soll.“

„Mach' dir wegen dieser Empfindungen keine Sorge, mein Alter! Sie sind leider so pietätlos wie nur immer möglich. Am Ende kann doch auch niemand von mir verlangen, daß ich aufhören soll, das Schlechte schlecht und das Erbärmliche erbärmlich zu finden, sobald es innerhalb meiner eigenen Familie vorkommt. Daß er sich mit schnödem Geld noch für seine alten Tage ein schönes, junges Weib zu kaufen gedachte, ist wirklich noch nicht das Schlimmste, was man mir, ohne mich zu überraschen, von meinem Onkel Jens Jenssen erzählen kann.“

„Nun — wenn du es ohnehin unter diesem Gesichtspunkt ansiehst, was soll ich dann noch hinzufügen? Du hast das Verhältnis dieser beiden Menschen mit dem richtigen Namen bezeichnet!“

„Und wenn es sich nur darum handelte, ein Charakterbild des Verstorbenen zu entwerfen, brauchten wir allerdings kein Wort mehr darüber zu verlieren. Aber wir sprachen von dem Fräulein Magnus. Und da ich im allgemeinen der Ansicht bin, daß bei einem derartigen Handel die Gekaufte zumeist noch verächtlicher ist, als der Käufer — —“

Holthausen ließ ihn nicht aussprechen. Die Bewegung, mit der er ihn daran verhindert hatte, war von überraschender Heftigkeit.

„Man urteilt nicht mit so starken Worten über einen Menschen, den man nicht kennt!“ sagte er scharf. „Ein Mädchen, das sich für einen kranken und unglücklichen Vater zum Opfer bringen will, ist nicht verächtlich — in meinen Augen wenigstens ist sie es nicht!“

„Es wird mich aufrichtig freuen, wenn du mir dazu verhelfen kannst, eine günstigere Meinung von der jungen Dame zu gewinnen. Eben weil ich nicht ungerecht gegen sie sein möchte, habe ich dich ja gebeten, mich über ihren Charakter aufzuklären.“

„Eben noch sagtest du, daß du kein Verlangen fühlst, ihre Bekanntschaft zu machen. Und jetzt dies augenscheinliche Interesse an ihrem Charakter und anden Beweggründen ihres Handelns! Wie reimt sich das zusammen?“

„Oh, es ließe sich doch wohl eine Erklärung dafür finden! Wie nun, wenn man zu mir sehr übel von ihr gesprochen, wenn man ihr die aller niedrigsten Motive untergeschoben hätte?“

„Nur ein Schurke könnte das getan haben — nur der elendeste aller Verleumder! Luisa Magnus mag ein Weib sein, das man nicht an dem Durchschnittsmaß unserer fischblütigen deutschen Frauen messen darf. Aber von der armseligen Gemeinheit, deren irgendein Lügner sie bei dir bezichtigt zu haben scheint, ist nichts in ihrer Natur!“

„Um so besser! Sie ist dann also vermutlich auch unschuldig an dem sonderbaren Testament meines Onkels?“

„An welchem Testament? Das sind Dinge, von denen ich nichts weiß.“

Rodeck erinnerte sich, daß ja auch er von diesem Testament nur das wußte, was Wilhelm Langheld ihm darüber erzählt hatte. Und er fragte sich, welche Bürgschaft er denn eigentlich dafür habe, daß jener ihm die Wahrheit berichtet. Jedenfalls schien es ihm jetzt, nachdem ihm dies Bedenken einmal gekommen war, nicht mehr zulässig, auf diese Testamentsgeschichte irgendeine Anklage gegen eine ihm unbekannte Persönlichkeit zu gründen, und er erwiderte rasch: „Am Ende hat das auch keine besondere Bedeutung. — Ueber eines nur hätte ich gern noch deine Meinung gehört, Gerhard! Nach dem, was du mir soeben sagtest, kann ich ja kaum annehmen, daß Fräulein Magnus eine wirkliche Zuneigung für meinen Onkel gehegt habe. Ihre Absicht, ihn zu heiraten, aber war doch wohl ganz ehrlich?“

„Ich verstehe nicht, was dich daran zweifeln läßt! Weshalb hätte sie denn in das Verlöbnis willigen sollen, wenn es nicht ihre Absicht gewesen wäre?“

„Ja, das frage ich mich auch. Und jetzt, nach allem, was du zu ihren Gunsten gesagt hast, bin ich überzeugt, daß sie keinen Anlaß hatte, den Tod ihres Verlobten herbeizuwünschen.“

Die tiefliegenden Augen des Arztes erschienen plötzlich fast unnatürlich groß, und die Krankhaftigkeit seines Aussehens dünkte Rodeck in diesem Moment geradezu erschreckend. Aber es klang doch vollkommen beherrscht, da Gerhard Holthausen fragte:

„Seinen Tod herbeizuwünschen — was heißt das nun wieder? Jetzt möchte ich in der Tat wissen, was man dir eigentlich von diesem Mädchen erzählt hat. Und wer der Nichtswürdige war, dessen giftige Verdächtigungen ich hinter deinen Worten spüre.“

„Ich würde nicht den Namen deines Freundes verdienen, wenn ich dir ein Geheimnis daraus machen wollte. Kennst du einen gewissen Langheld?“

(Fortsetzung folgt.)

Landesrechte.

Als im Herbst 1870 die Vorarbeiten für die Verfassung des neuen Deutschen Reiches getroffen wurden, nahmen die Sonderrechte, die Bayern namentlich auf dem Gebiete von Heerwesen und Post bezehrte, den Hauptteil der Zeit in Anspruch. In Berlin war man keineswegs gesonnen, nach München diese Zugeständnisse zu machen, aber Bismarck gab schließlich nach, um der bayerischen Eigenart Rechnung zu tragen, und in der Hauptsache, weil ein zufriedenes Bayern als Mitglied des Reiches ihm eine Notwendigkeit erschien.

In der Verfassung von Weimar sind der Reichsregierung die hervorragendsten Rechte zugestanden worden, außer dem Heerwesen die Post, auch die Eisenbahn. Ueber die Auslegung der einzelnen Rechtstitel hat es zwischen München und Berlin bekanntlich Verfassungsstreitigkeiten gegeben, die sich auch auf das Justizwesen übertragen haben. Jetzt sind von der bayerischen Regierung Anträge auf Aenderung der Verfassung und Erweiterung der Landesrechte, besonders in militärischer Beziehung, gestellt worden. Es wird darüber eine heiße Debatte geben, aus der neue Verstimmungen hervorwachsen können, denn beschlossen wird die Aenderung der Verfassung kaum werden. Jeder neue Streit in Deutschland bleibt bedauerlich.

Es muß gefragt werden, ob die Verfassung von Weimar sich als so lückenhaft und nachteilig erwiesen hat, daß ihre Abänderung ratsam oder unabweisbar ist. Diese Fragen können wohl verneint werden, es läßt sich mit den Bestimmungen, wie sie sind, auch weiter arbeiten. Die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen Reich und Bayern entstanden sind, leiten sich weniger aus der Verfassung selbst her, als aus den besonderen Ansichten der betreffenden Persönlichkeiten. Was anfangs mit gutem Willen gegangen ist, kann auch weiterhin so fortgehen.

Wenn 1870 durch Nachgiebigkeit die Gegensätze überwunden wurden, so kann das jetzt erst recht der Fall sein. Die Autorität des Reiches muß gewahrt bleiben, dafür liegt es aber in seiner Stellung, seinen Mitgliedern die Ellenbogenfreiheit zu gewähren, deren sie bedürfen, um im Innern der Eigenart ihrer Landeskinder Rechnung zu tragen. Früher haben in inneren Angelegenheiten die Landesregierungen freie Hand gehabt, und man sollte meinen, bei einem Hand-in-Hand-Arbeiten könnte das so weiter gehen. In kulanter Weise zu entscheiden hat aber als oberste Instanz das Reich.

Aus aller Welt.

— **Der Studienrat als Bücherdieb.** Man meldet aus Berlin: Der Studienrat Dr. Dobe, ein bekannter Bibliophile, der angeklagt war, wertvolle Bücher aus der Staatsbibliothek gestohlen zu haben, wurde zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte wegen Mangels an ausreichenden Beweisen nur vier Monate Gefängnis wegen Hehlerei beantragt.

— **Verlegung der Zeppelinwerft nach Amerika.** Ein außerordentlich wichtiges Abkommen mit der Zeppelingesellschaft ist in Akron im Staate Ohio von der Goodyear Tire an Ruller Company abgeschlossen. Die Gesellschaft erwirbt damit alle Patente der Zeppelingesellschaft und zugleich das Recht, Zeppelinluftschiffe in größerer Zahl zu bauen. Der Preis wird geheim gehalten, alle anderen Einzelheiten aber sind bekannt geworden. Die Zeppelingesellschaft in Friedrichshafen wird, sobald der für die amerikanische Regierung bestimmte Z. R. 3 fertiggestellt ist, ihr Haus verschließen. Ingenieure und Arbeiter gehen nach Akron. Die amerikanische Gesellschaft beabsichtigt, einen ständigen Dienst zwischen Newyork und San Franzisko einzurichten. Später sollen auch Flüge über den Ozean veranstaltet werden.

— **Festnahme einer großen Münchener Einbrecherbande.** Am Sonntag kam es in der Vorstadt Au zu einem Feuergefecht zwischen Einbrechern und einer Abteilung Landespolizei. Im Laufe des Tages konnten 13 Personen festgenommen werden, die seit drei Jahren in der Umgebung Münchens mindestens 100 Einbrüche verübt haben. Es wurden in der Hauptsache Lebensmittel, Schweine und Geflügel gestohlen.

— **Der Rad-Jo-Fabrikant Waßmuth verurteilt.** Wie die „Deutsche medizinische Wochenschrift" mitteilt, hat in dem von der Hamburger Staatsanwaltschaft gegen Vollrath Waßmuth, den Fabrikanten des Rad-Jo, angestrengten Beleidigungsprozesse die Strafkammer den Angeklagten zu 40 Tagen Haft verurteilt. Das Gericht hat ferner die Einziehung der Druckplatten der beleidigenden Prospekte und Broschüren und die Veröffentlichung des Urteils in der „Deutschen medizinischen Wochenschrift" verfügt. Stärker konnte das mitgeteilte freisprechende Urteil des früheren Schöffengerichts „ad absurdum" geführt werden. Es ist erfreulich, daß sich diesmal das Gericht zur Verhängung einer Buße aufgerafft hat, durch die der Verurteilte auch wirklich „bestraft" wird, was ja bei den riesigen Geschäftsgewinnen, die sein Betrieb abwerfen muß, durch eine Geldstrafe niemals erreicht werden kann.

— **Zum Tode verurteilt.** Nach zweitägiger Verhandlung hat das Hamburger Schwurgericht auf Grund des Spruches der Geschworenen den Händler Büttner wegen Ermordung und Beraubung der Eheleute Roegener zum Tode verurteilt.

— **Ein Sittenbild.** Kreisarzt Dr. Brieger in Landshut teilte in einem Vortrage mit, daß der jüngste Geschlechtskranke im Kreise ein erst dreizehnjähriger Knabe sei, der sich die Krankheit im Verkehr mit einem erst 15jährigen Mädchen zugezogen habe!

— **Entlarvte Falschspieler.** Das Gericht in Rom — so wird von dort gemeldet, — beschäftigt sich seit einigen Wochen mit einer Anklage, die einige Vertreter der sogenannten guten Gesellschaft des Falschspielens in den römischen Klubs bezichtigt. Die im Falschspiel verlorenen Summen sollen sich auf mehrere Millionen Lire belaufen; der Hauptleidtragende ist der Marchese Luigi Torrigiani, während außerdem etwa hundert Klubmitglieder und Ausländer, die vorübergehend in Rom waren, geschädigt wurden. Die Direktion des Klubs „Bernini" bemerkte bei einer unvorhergesehenen Kassenrevision, daß 60 000 Lire fehlten. Der Spielleiter wurde verpflichtet, binnen einigen Tagen die fehlenden Summen zu ersetzen, widrigenfalls er gerichtlich belangt würde. Der Beamte, der die Summe ersetzte, drohte, beim Gericht die Namen der Schuldner anzugeben und außerdem die Anzeige zu machen, daß sie zeitweise falsch spielten. Am übernächsten Tage jedoch brachte der Beamte die fehlenden 60 000 Lire und widerrief seine Aussage, wodurch er den Verdacht der Direktion erregte. Man erinnerte sich einer Anzeige, die vor einigen Monaten durch den Marchese del Giudice eingereicht worden war, ohne daß die Polizei ihr Beachtung schenkte. Um der Angelegenheit auf den Grund zu gehen, hatte er sich von Paris eine Broschüre schicken lassen: „La machine a voles", die Angaben darüber machte, wie man die Karten anordnen könne, daß man beim betrügerischen Spiel das Risiko und die Unbequemlichkeit der Manipulation der Karten vermeiden könne. Eben dieses System war, wie festgestellt wurde, auch an den Baccarattischen der Klubs „Scacchi" und „Bernini" in Rom im Schwange, so daß während einiger Jahre die betrügerischen Spieler ihre unrechtmäßigen Gewinne einstecken konnten, ohne die Achtung und Freundschaft der ahnungslos Betrogenen zu verlieren.

— **Die Prinzessin als Opfer eines Zebrabisses.** Die dieser Tage in Wien im Alter von 22 Jahren verstorbene Prinzessin Hella Hohenlohe-Schillingsfürst ist das Opfer eines Zebrabisses geworden. Vor einigen Monaten besuchte die Verstorbene den hiesigen Tiergarten, wo sie trotz ergangener Warnung mit bloßer Hand ein Zebra fütterte, das der Prinzessin einen Finger abbiß. Es trat Blutvergiftung ein, an deren Folgen sie nun gestorben ist.

— **Der falsche Lord.** Der Sohn eines englischen, sehr reichen Adelsgeschlechts, Robert Tichborne, reiste im Jahre 1853 nach Südamerika und von dort nach Australien. Das Schiff, auf dem er die Ueberfahrt machte, ging unter. Seine Mutter wollte nicht an seinen Tod glauben, und auch die Eröffnung seines Testaments im Jahre 1855 genügte ihr nicht als amtliche Todesedklärung. Sie ließ nach allen Seiten hin Anzeigen, die den Sohn suchten; ihr Glaube wurde nicht enttäuscht, denn sie erhielt die Mitteilung, daß ihr Sohn sich in Queenstown aufhalte, wo er in einem Fleischerladen beschäftigt sei. Mit dem von der Mutter geschickten Gelde kehrte ein Mann aus Australien zurück, der auch von der Mutter als Sohn anerkannt wurde und Anspruch auf den Besitz der Familie Tichborne erhob. Der von der Gegenseite geführte Prozeß dauerte 188 Tage und bildete das Tagesgespräch der ganzen Welt. Der angebliche Sohn wußte mit soviel Geschick aufzutreten, daß es ihm, der finanziell von Lady Tichborne unterstützt wurde, anfänglich gelang, Vorteile zu erreichen; bald jedoch gab er sich Blößen und wußte auf die Dauer nicht zu verbergen, daß er ein ungebildeter Mensch sei. Er hatte keine Erinnerung mehr an seine Jugend und konnte kein Wort Französisch. Der verstorbene Erbe der Tichbornes aber hatte fließend französisch gesprochen. Dem ausgiebigen Kreuzverhör konnte er nicht standhalten. Als jedoch seine Ansprüche abgewiesen und er als Betrüger zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, war die Empörung allgemein, so sehr hatte er die öffentliche Meinung für sich einzunehmen gewußt. Noch im Jahr 1874, als die Revision des Prozesses durch einen Beschluß des Unterhauses abgelehnt wurde, fürchtete man in London Unruhen infolge der Volksstimmung. Dieser Tage erschien vor einem Londoner Gericht eine Frau, die vorgab eine Verwandte von Sir Joseph Doughty-Tichborne zu sein und die verschiedene Erpressungsversuche gegen ihn gemacht hatte. Sie wurde zu 12 Monaten Gefängnis verurteilt. Ihr Vater Arthur Orton war der Betrüger, der s. Zt. die Rolle des verstorbenen Robert Tichborne gespielt hatte.

— **Ohrfeigen auf der Bühne.** Zu einem öffentlichen Skandal kam es dieser Tage während der Aufführung des „Boris Godunow" von Mussorgski in der Oper zu Chicago. Der berühmte russische Bassist Schaljapin, der die Titelpartie sang, geriet während der Aufführung, man weiß nicht aus welchem Grunde, in so sinnlose Wut, daß er an die Rampe trat und mit Stentorstimme ins Haus brüllte: „Ihr Idioten, ihr Schweine, Künstler wollt ihr sein? P'ui Teufel!" Der Kapellmeister Spardoni, der die Aufführung leitete, warf kreidebleich den Taktstock zu Boden, sprang auf die Bühne und versetzte Schaljapin eine laut schallende Ohrfeige. Die Vorstellung mußte unter allgemeinem Tumult abgebrochen werden

Handel und Börse.

Dortmunder Schlachtviehmarkt
vom 26. November 1923.

Es waren aufgetrieben: 97 Stück Großvieh, 76 Kälber, 107 Schafe, 454 Schweine. Bezahlt wurden für 1 Pfund Lebendgewicht:

1. Rinder.

	Billionen Mark
Ochsen:	
a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes, die noch nicht gezogen haben, ungejocht	—
b) vollfleischige, ausgemästete, im Alter von 4—7 Jahren	—
c) junge, fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete	—
d) mäßig genährte junge, gut genährte ältere	—
Bullen:	
a) vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwertes	—
b) vollfleischige, jüngere	1,2—1,4
c) mäßig genährte junge, gut genährte ältere	0,75—1,2
Färsen und Kühe:	
a) vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwertes	—
b) vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren	—
c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen	1,4—1,5
d) mäßig genährte Kühe und Färsen	1 —1,4
e) gering genährte Kühe und Färsen	0,5 —1

2 Kälber.

a) feinste Mastkälber	2
b) mittlere Mast- beste Saugkälber	1,8 2
c) geringe Mast- und gute Saugkälber	1,4—1,8
d) geringe Saugkälber	

3 Schafe.

Weidemastschafe:	
a Mastlämmer	1,5—1,6
b geringere Lämmer und Schafe	0,9—1,5

4. Schweine.

a) Fettschweine, über 150 Kg. Lebendgewicht	2,3
b) vollfleischige Schweine von 120—150 Kg. Lebendgewicht	2—2,3
c) vollfleischige Schweine von 100—120 Kg. Lebendgewicht	2—2,3
d) vollfleischige Schweine von 80—100 Kg Lebendgewicht	2—2,3
e) vollfleischige Schweine unter 80 Kg. Lebendgewicht	1,7—2

Wiedereröffnung der Zuchtviehmärkte in Dortmund.

Der Wirtschaftsausschuß für Dortmund Stadt und Land teilt folgendes mit:

Die französische Besatzungsbehörde hat uns ermächtigt, folgendes bekannt zu geben:

1. Die Besatzungsbehörde ist im Interesse der Volksernährung bereit, die Wiederinbetriebsetzung der Dortmunder Zuchtviehmärkte zu unterstützen.
2. Die Eisenbahnregie ist bereits ersucht worden, direkte Viehzüge nach und von dem Magerviehhof in Dortmund einzulegen.
3. Die zollfreie Einfuhr ist, wie allgemein bekannt, schon seit langer Zeit gestattet. Der zollfreie Rücktransport der unverkauften Tiere kann ohne weiteres erfolgen, wenn auf einwandfreie Weise nachgewiesen wird, daß die fraglichen Tiere auf dem Magerviehhofe zum Verkauf gestanden haben, aber nicht verkauft worden sind.
4. Für die Viehhändler und Viehbegleiter aus dem unbesetzten Gebiet sollen Pässe ausgestellt werden. Entsprechende Anträge sind durch die Direktion des Magerviehhofes in Dortmund der Besatzungsbehörde vorzulegen.

Zur Eröffnung des deutschen Rundfunks.



Ansicht der Hauptfunkstelle in Königswusterhausen.

Reichskursbuch
Winterausgabe 1923/24
(mit einem Nachtrag der ab 2. November eintretenden Einschränkungen) liefert schnellstens
Buchhandlung C. Braus

Auch für das Jahr 1924er scheint der altbekannte
Neukirchener
1924
Abreisskalender
(Der christl. Hausfreund)
Grundpreis nur Mk. —.80
Um denselben unserer verehrten Kundschaft noch preiswert liefern zu können, nehmen wir schon jetzt Bestellungen bei Vorauszahlung zur jeweils geltenden Bücher-Schlüsselzahl entgegen. Die Preisberechnung geschieht durch Multiplikation des angegebenen Grundpreises mit der Schlüsselzahl des Börsenvereins.
Buchhandlung Carl Braus.

Vortrags-Vereinigung.
Heute, Dienstag, abends 8 Uhr im Gemeindehaus, Hagenerstraße:
Gottfried Keller
Professor Gregori-Berlin.

Bekanntmachung.
Der genehmigte Nachtrag vom 8. Oktober 1923 zum Ortsstatut vom 10. März 1904 über die Erweiterung der Berufs- (Fortbildungs)-Schulpflicht auf die Jugendlichen unter 18 Jahren, die nach ihrer Schulentlassung nicht in einen Beruf eingetreten oder später arbeitslos geworden sind, liegt zur Einsichtnahme im Rathause auf Zimmer 20 und durch Aushang im Rathausflur aus
Schwerte, den 23. November 1923.
3363 **Der Magistrat.**



Fischer-Kugellager
Quer-, Längs-, Schräg-, Tonnenlager und Gußstahlkugeln.
Fabrikniederlage:
Carl Bartsch,
Fischer-Kugellager-Vertrieb
Hagen i. W.,
Buschebystraße 1a,
Fernruf 673.

1 Paar gemachte
Arbeitsschuhe
(Nr. 43) und 1 Paar
Hausschuhe
geg. Kohlen zu tauschen.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle. 3359

Lichtspiele „zur Reichskrone"
Dienstag bis Donnerstag!
Das wunderbare Filmwerk:
Der Wetterwart!
Ein Drama zwischen Wolken und Gletschern in 6 Akten mit **Albert Steinrück** und **Hans Brausewetter** in der Hauptrolle.
II.
Als zweites bringen wir den 1. Teil des Abenteuerfilms
Geheimbundsklaven!
Abenteuerdrama in 5 Akten.